

# Danziger Zeitung.

No 15727.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Rethersbaggasse Nr. 4, und bei allen Kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inserate kosten für die Zeilen 1886.

1886.

## Telegramme der Danziger Btg.

Berlin, 4. März. (W. L.) In der gestrigen ersten Sitzung der Reichstagscommission für das Socialistengesetz wurde die Generaldebatte erledigt. Als Vertreter der Regierungen waren die Staatsminister v. Puttkamer und v. Bötticher anwesend. Letzterer erklärte, der Bundesrath habe noch keinen Anlaß gehabt, die Windthorst'schen Anträge in Erwägung zu ziehen; er glaube nicht, daß diese Amendements acceptabel seien. Nächsten Sonnabend findet die Specialdebatte statt.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 4. März.

### Die Monopolschlacht im Reichstage

nimmt heute ihren Anfang. Groß ist die Spannung nicht, mit der man ihr entgegensteht, denn ihr Ausgang ist von vornherein entschieden. Das Monopol als solches wird abgelehnt. Nicht bloß die gesammten Freisinnigen, die Socialdemokraten, das Centrum werden dagegen stimmen, auch die Polen und die Hälfte der Nationalliberalen, ferner die Elsässer mit wahrcheinlich nur einer Ausnahme; es ist sogar kein Zweifel daran, daß eine Anzahl Conservative gegen das Monopol Stellung nehmen werden. Man nimmt unter solchen Umständen an, daß Fürst Bismarck selbst bereits das Project aufgegeben hat und sich zunächst bei den Debatten nicht betheiligen wird. Als Bundes-Commissare werden das Brauntweinmonopol fürs erste der kaiserl. Geh. Ober-Regierungsrath Voccius, der königl. Geh. Finanzrath Löwe, der königl. Regierungsrath v. Kötter und der Finanzminister v. Scholz vertreten.

Insofern jedoch werden die Debatten nicht ohne größeres Interesse bleiben, als wahrcheinlich die jetzigen Combinationen und Maßregeln behufs höherer finanzieller Berichtigung des Brauntweins, die in Zukunft nach Beseitigung des Monopols über kurz oder lang auf die Tagesordnung gelangen werden, zur Besprechung kommen und die Stellung der Parteien zur Lizenz, Consum- und Fabriksteuer u. schon jetzt einigermaßen aufgeklärt werden kann.

### Die kirchenpolitische Vorlage in der Herrenhaus-Commission.

Die Herrenhaus-Commission für das neue kirchenpolitische Gesetz scheint, wie telegraphisch erwähnt ist, ihre Verhandlungen mit diplomatischem Schleier umgeben zu wollen. Selbst die conservativen Blätter melden, daß die Mitglieder sich verpflichtet haben, der Presse gegenüber Discretion zu beobachten. Nichts desto weniger liegen die Abänderungsanträge, welche Prof. Weseler, ein Mitglied der „neuen Vereinigung“, in der Commission eingebracht hat, bereits vor. Inwiefern die Versuche Weseler, welche zweifellos auf die Unterfütterung der Herren Prof. Dernburg, Meier u. f. w. zählen können, gelingen, wird wesentlich von der Haltung der Regierung abhängen. Die Zusammenfassung der Commission ist der Art, daß die Anträge der Herren Dr. Kopp u. Gen., welche über die Zugeständnisse der Regierungsvorlage an die katholische Hierarchie noch weit hinausgehen, viel eher auf die Zustimmung der Majorität rechnen können.

Die katholischen Mitglieder der Commission präferiren, daß nach Annahme dieser Anträge die Herstellung des Friedens zwischen Staat und Kirche gesichert sei, und gehen so weit, die Regierungsvorlage als solche als ungenügend und unannehmbar zu bezeichnen. Wie lange diese Taktik vorhält, kann man in Ruhe abwarten. Die Clericalen können leicht durch zu weit gehende Forderungen selbst diejenigen Zugeständnisse in Gefahr bringen, welche die Regierung zu machen geneigt ist.

## Stadt-Theater.

\* „Die Waife von Lowood“ gehört zu den beliebtesten Bühnenwerken der Frau Birch-Pfeiffer. Obwohl kaum ein zweites modernes Schauspiel so oft auf dem Repertoire erscheint als dieses, erweist es sich bei einigermaßen guter Besetzung der beiden Hauptrollen immer noch als äußerst wirksam. Der Hauptantheil an diesem Erfolg fällt allerdings nicht Frau Birch-Pfeiffer zu, sondern der Verfasserin des englischen Romans „Jane Eyre“, nach dem bekanntlich das Stück gearbeitet ist. Wir erwähnen diese Abzucht nur ausdrücklich, weil der sonst so reibliche Theaterbetrieb hierüber gänzlich schweigt. Currier Bell fällt nicht nur die Autorschaft des genannten Romans zu, sondern sie hat auch damit den Anstoß gegeben zu jener Fluth von Erzählungen der Maritit, Werner und Anderer, die Jahre lang die Gartenlaube füllten. Denn in allen Erzählungen der genannten deutschen Schriftstellerinnen ist die Hauptentwicklung analog dem Werl der Engländerin. Zwei Personen verschiedenen Geschlechts stoßen sich bei ihrer ersten Begegnung ab, aber aus diesem anfänglichen Abweisen entwickelt sich dann die Liebe. Die Birch-Pfeiffer hat dem interessanten Roman eine effectvolle Bühnenform gegeben, in der allerdings, wie fast immer bei derartigen Dramatisirungen, die psychologische Wandlung der Charaktere unklar und unwahrcheinlich bleibt.

Bei den gestrigen Aufführungen lagen die beiden Hauptrollen in den Händen des Herrn und der Frau Director Jantsch. Ersterer hat den Hochfester hier schon öfters gespielt. Er trifft in Haltung und Sprache recht gut den Ton für diese Partie, wobei ihn seine männliche Erscheinung wirksam unterstützt. Frau Director Jantsch hatte auf die Rolle der Jane Eyre vielen Fleiß verwandt. Im Ganzen gelangen ihr die zarten oder ruhigen Stellen besser, wie die hochleidenschaftlichen. Die Darstellerin verfügt nicht über ein wichtiges Sprachorgan und darf daher in der Wiedergabe leidenschaftlicher Momente nicht zu weit gehen, wenn sie nicht in ein unübliches Forciren verfallen will. Die Auffassung der ganzen Partie zeigte aber richtiges Verständnis, und Frau

Die kirchenpolitische Vorlage hat bei ihrer Veröffentlichung in weiten Kreisen die Auffassung hervorgebracht, daß selbst die von der Regierung angebotenen weiteren Abmilderungen der Maßgefe nur dann gerechtfertigt sein würden, wenn der Papst nach Inkrafttreten des Gesetzes die Bischöfe ermächtigen würde, sich den befehlenden Bestimmungen der Maßgefe zu unterwerfen und unter Anerkennung der Anzeigepflicht die vacanten Pfarren ordnungsmäßig zu besetzen. Bisher scheint davon noch nicht die Rede zu sein.

### Eine unausführbare Vorlage.

Die erste Lesung der ländlichen Unfallversicherung in der Commission des Reichstags ist zwar gestern beendet worden, aber darüber herrscht vollständiges Einverständnis, daß die Vorlage, wie sie jetzt gestaltet ist, sich als unausführbar erweisen wird. Man hat sich demnach 8 Tage Zeit ausbedungen, um für die zweite Lesung neue Compromißvorschläge auszuarbeiten.

Die gestrigen Beschlüsse über die Vertretung der Arbeiter in den Schiedsgerichten bei der Untersuchung von Unfällen und im Reichsversicherungsamt beweisen zur Genüge, daß die Majorität der Commission eine wirkliche Vertretung der ländlichen Arbeitnehmer für unzulässig hält. Die Arbeitervertreter werden, mit Ausnahme des bei dem Mangel der obligatorischen Krankenversicherung nur ausnahmsweise vorkommenden Falles der Wahl durch die Vorstände der Krankenkassen, nicht durch Arbeiter, sondern durch Behörden gewählt, von welchen die Vertretung der Gemeinden und Communalverbände fast allein die Klasse der Arbeitgeber repräsentiren. Wenn schon die industriellen Arbeiter kein Uebermaß von Rechten bei der Unfallversicherung erhalten haben, so werden die landwirthschaftlichen noch viel schlechter behandelt. Den praktischen Werth der Vertretung der Arbeiter mag man ja für jetzt und insbesondere bei den ländlichen Arbeitern nicht allzu hoch anschlagen; aber sobald die Arbeitnehmer erst gelernt haben, sich um ihre eigenen Interessen zu kümmern und die richtigen Vertreter herauszufinden, wird ihre Mitwirkung für die Zukunft sehr wichtig und werthvoll sein.

Die Zurücksetzung, welche sie nach den bisherigen Beschlüssen der Commission erfahren würden, könnte leicht dazu dienen, gerade diejenigen Mißstände hervorzuheben, welche durch die Beschränkung der Vertretungsrechte vermieden werden sollen, namentlich der socialdemokratischen Agitation einen Hebel zur Bearbeitung der ländlichen Arbeiterbevölkerung in die Hand zu geben.

### Zu den Kieler Verhaftungen

wird der „Köln. Z.“ aus Kiel geschrieben, daß es sich bezüglich des Redacteurs Prohl in der Hauptsache um den Verrath von Flaggensignalen der kaiserlichen Marine, von Minenanlagen des Kieler Kriegshafens und des Landbefestigungsplanes von Kiel handle. Unser Kieler V-Correspondent theilt uns über diese Angelegenheit mit, daß dem Prohl u. A. zur Last gelegt werden soll, er habe dem Capitän Sarauw Abzüge eines in der Druckerei des „Kieler Tageblatts“ hergestellten amtlichen Berichts über das Torpedowesen geliefert. Es wird behauptet, daß sich der Satz dieses secreten Schriftstückes noch bei der Verhaftung Prohls in der besagten Druckerei vorgefunden haben soll. Prohl hatte beim „Tageblatt“ außer freier Station ein Gehalt von jährlich 1500 Mk., eine Summe, die aber keineswegs hingereicht haben kann, um seine recht kostspieligen Bedürfnisse zu bestreiten. Man will daher wissen, daß er von Sarauw Remunerationen zum Betrage von ca. 1200 Mk. jährlich bezog. Im Gefängniß ist Prohl zusammen in

Jantsch fand demgemäß ebenso wie ihr Satte lebhaften Beifall von Seiten des Publikums. Die anderen kleineren Partien genigten durchweg. Frau Setti (Sarah Reed), Frä. Pfeiffer (Georgine) und Frä. Winkelsdorff (John) führten ihre undankbaren Rollen befriedigend durch. Von den anderen ganz unwesentlichen Personen wollen wir noch die Adele erwähnen, die von der kleinen Tochter des Hrn. Director Jantsch sicher und sichtlich ohne Angst gespielt wurde.

### Ein Stern des Kaiserreichs Napoleons III.

In der Periode vom Höhepunkte des zweiten Kaiserreichs bis zu seinem Verfall spielte eine junge Engländerin in Paris eine derart hervorragende Rolle, daß man wohl in der ganzen Welt ihren Namen kennt, wenn sie auch nur der lieblichste Lebenswandel dazu berechtigte, berühmt, oder vielmehr berichtigt zu werden. Sie zeichnete sich besonders in der Geschicklichkeit aus, mit der sie es verstand, sich Reichthümer zu Füßen legen zu lassen und . . . zum Fenster hinauszuerwerfen. Sie war nicht eigentlich schön — aber der Inbegriff einer femme chic. Die hervorragendsten Würdenträger am Hofe Napoleon's III. und der eigene Vetter des Kaisers, der Prinz Napoleon, schmachteten in ihren Banden und machten sich zu Sklaven ihrer Launen. Sie war eine vorzügliche Reiterin und tummelte Vollblutpferde im Bois, sie erschien überall dort, wo sich auf neutralem Boden die vornehmste Gesellschaft ein Rendezvous gab, und trat mit einem Reichthum und von einem Hofstaat umgeben auf, um welche sie von den höchsten Damen beneidet wurde. Ihre Residenz schlug sie zu allen vier Jahreszeiten dort auf, wo der Hof die seine aufschlug, und sie wußte Paris fortwährend in Athem zu erhalten, weil sie immer wieder neue Excenitricitäten erfand, ehe die alten bereits vergessen waren. Natürlich versuchte sie sich auch auf dem Theater — sie sang den Cupido bei einer Reprie des „Orpheus in der Unterwelt“ in den Bouffes ein Duzendmal, und so groß war die Anzahl Derjenigen, die sich ihr verpflichtet fühlten, daß sie erst am zwölften Abend ausgepfiffen wurde. Elf Abende ließ

einer Zelle mit zwei anderen Untersuchungsgefangenen untergebracht, spricht aber den ganzen Tag kein Wort mit denselben. Er ist ruhig und scheinbar gefast. Wenn bereits in der Presse von einem Selbstmordversuch des Prohl die Rede gewesen ist, so glaubt unser V-Correspondent aus besser Quelle versichern zu können, daß dies eine Fabel ist. Ueber den Grund zu der Verhaftung der Ehefrau Bödel versiren auch verschiedene Gerüchte. Bald wird behauptet, eine Dienstmagd habe ausgelagt, die Ehefrau Bödel habe am Tage vor der Verhaftung des Prohl Papiere aus dessen Kuhl genommen und verbrannt, bald heißt es, sie habe sich einfach geweigert, in der Untersuchungssache contra Prohl Zeugniß abzulegen.

Was über weitere Untersuchungen, Verhaftungen u. laut wird, basiert auf leeren Gerüchten. Bald heißt es, man suche einen jungen Marinezeichner, der sich gegenwärtig in Venedig aufhalten soll, dann wird erzählt, auf der Werft seien mehrere Verhaftungen vorgenommen u. f. w. Alle diese Nachrichten illustriren die Erregung, die in Kiel durch die Verhaftungen erzeugt ist.

Wie aus London telegraphisch gemeldet wird, sind die socialistischen Führer Hyndman und Genossen von dem Volksgericht vor die Miffen verwiesen und gegen Caution auf freiem Fuß belassen worden.

### Die irische Frage und die Liberalen.

Im englischen Cabinet scheint sich die Anschauung Bahn zu brechen, daß mit dem gegenwärtigen Parlament eine Lösung der irischen Frage, wie sie von den radicalen Mitgliedern geplant ist, nicht zu erreichen ist. Morley (Obersecretär für Irland) führte am 3. ds. M., wie der „Post. Zeitung“ gemeldet wird, den Vorsitz auf einer Conferenz von Delegirten der liberalen Union Londons und der Grafschaften. Er hielt dabei eine Ansprache, worin er die Liberalen ermahnte, die Organisation der Partei schleunigst zu vervollkommen, da eine baldige Auflösung des Parlaments nicht unmöglich sei. „Wir stehen“, sagte er, „am Vorabend von Ereignissen, die unsere Partei spalten und Fragen darbieten dürften, welchen in unserem Sinne ins Anitz zu sehen das Land noch nicht vorbereitet ist.“ Demnach kritisierte Morley die jüngsten Reden Churchill's in Nord-Irland und charakterisirte sie als abseuchlich, weil sie zum Bürgerkrieg aufzufachten.

Diese Erklärungen weisen einerseits darauf hin, daß die Gegner einer durchgreifenden Reform Irlands innerhalb der liberalen Partei sehr zahlreich sind; andererseits lassen sie die Annahme gerechtfertigt erscheinen, daß darüber im Schooße des Cabinet's selbst keine Uebereinstimmung herrscht.

### Friedensfeier in Bulgarien.

Anlässlich der Unterzeichnung des Friedensvertrages wurde gestern in der Kathedrale zu Sofia ein feierliches Teuam abgehalten. In einer Proclamation dankt der Fürst Alexander dem Volke auf beiden Seiten des Balkan ohne Unterschied der Nationalität für seine Liebe zum Vaterlande und für die von ihm gebrachten Opfer in den Tagen der Gefahr; er erinnert die Nation an die ihr von dem Sultan erwiesene Wohlthat, indem dieser das der Regierung des Fürsten anvertraute Gebiet vergrößert habe, und spricht die Hoffnung aus, daß das Volk stets seiner Vergangenheit würdig bleibe. Gleichzeitig fand eine religiöse Feier zur Erinnerung an den gestern vor 8 Jahren erfolgten Abschluß des Vertrages von San Stefano statt.

man sich die Speculation des Directors auf die Schaulust gefallen, welche diese femme à la mode im verwegenen Sinne des Wortes . . . gerade im Costume des Cupido wahrnehmen mußte, und einmal bereiteten ihr die im Saale anwesenden Verehrer einen lärmenden Erfolg. „Die Bande applaudirte wie wahnsinnig“, sagt sie selbst mit der ihr eigenthümlichen Berachtung für Diejenigen, die sie liebten, in ihren Memoiren; denn um diese handelt es sich, sie werden in den nächsten Tagen erscheinen und ihre bloße Ankündigung versetzt schon ganz Paris in Spannung, während sonst kein Mensch mehr an Diejenige dachte, welche sie zeichnen wird, an Cora Pearl.

Wie weit muß sich doch Paris vom zweiten Kaiserreich entfernt fühlen — schreibt man der Wiener „Presse“ aus Paris —, daß es dieses Weib schon vergessen haben kann. Und jetzt, da es selbst in so unanster, aber eindringlicher Weise an sich erinnert, jetzt hört man höchsten sagen: „Ach ja, Cora Pearl, sie lebt also noch? Dann muß sie eine hohe Schatzgrube sein!“ — Weit gefehlt. Cora Pearl verspricht die größte Aufrichtigkeit für ihre Memoiren — zitterte Byzanz! — und sie beginnt damit, die Photographie ihres Taufschmeißes denselben voranzuführen, aus dem hervorgeht, daß sie erst vierundzwanzig Jahre zählt. Und doch ist sie schon alt und häßlich, daß sie Alphonse Daudet zur „Wilkie-Goh“ in seinem Roman „Sapho“ als Modell dienen konnte, daß sie sich genöthigt sah, sich von der Welt in ein bescheidenes kleines Appartement zurückzuziehen und daß sie ihre Memoiren herausgeben muß, um, wie sie gesteht, einige Bankbillette einzunehmen und davon zu leben, sie, die früher nur lebte, um Bankbillette einzunehmen und Gold im Ueberfluß dazu. Die Art von Existenz, welche sie führte, nißt sich eben rasch ab, denn es ist bereits zwölf Jahre her, daß der „Herzog Jean“, wie sie ihn in den Memoiren nennt, ihr letzter Verehrer, sie verließ. Er spielt eine Hauptrolle im Buche, denn er war ihr zugleich am längsten zugehen.

Ich fuhr einmal durch Maisons Laffitte nach Saint-Germain. Da zeigte mir der Kutscher eine herrschaftliche Bestizung mit einem Feenschloß, beide einigermaßen im Verfall. Mit Begeisterung erzählte

### Der Herzog von Sevilla

ist bekanntlich wegen seines neuerlichen Benehmens gegen die Regentin von Spanien vom Kriegsgerichte zu Degradation und schwerer Kerkerstrafe verurtheilt worden. Am 1. März erschien der Gerichtsschreiber des höchsten Militärgerichtshofs bei dem Herzog im Militärgefängniß von San Francisco, um ihn anzuzeigen, daß seine Berufung verworfen sei und er deshalb sofort dem gewöhnlichen Gefängnisse zur Verbüßung der über ihn verhängten achtjährigen Kerkerstrafe überwiesen werde. Bei dieser Ankündigung gerieth der Herzog, wie dem „Temps“ gemeldet wird, in heftigen Zorn, weigerte sich, den Gensdarmen zu folgen, die ihn ins allgemeine Gefängniß abführen sollten, und wurde schließlich in Rücksicht auf seinen überreizten Zustand nach dem Krankenhause gebracht. Eine Wepesche der „Indep. belge“ stellt die Scene noch erregter dar. Danach flüchte der Herzog seinen Richtern und der Dynastie und leistete gegen seine Abführung den verzweifeltsten Widerstand, als man ihn in Sträflingskleider stecken wollte. In keiner der vorliegenden Depeschen wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die Begnadigung gewährt werde, wenigstens nicht für jetzt.

### Abgeordnetenhaus.

33. Sitzung am 3. März.

Das Haus erledigte in dritter Berathung die Gesetzentwürfe, betreffend die Abänderung von Amtsgerichtsbezirken, betreffend die Kirchenerfassung der evangelischen Kirche im Bezirke des Consistoriums zu Cassel, und betreffend die Landgüter-Ordnung für die Provinz Schleswig-Holstein mit Ausnahme des Kreises Herzogthum Lauenburg.

2. Berathung des Etats. Etat des Ministeriums für Handel und Gewerbe.

Bei den Ausgaben (Minister ohne Gehalt) macht Abg. Behr-Dt. Krone (freiconf.) den Handelsminister darauf aufmerksam, daß durch die Einführung eines erhöhten Tarifs für Mittel- und Südrusland, der der Abfuhr nur geringe Mehrerinnahmen bringe, die Concurrenzfähigkeit der russischen Säfen zu Ungunsten des Danziger Hafens ganz bedenklich erhöht werden würde. Der Handelsminister möge den Eisenbahnminister veranlassen, von der geplanten Tarifierhöhung) Abstand zu nehmen.

Unterstaatssecretär v. Möller ist zur Zeit nicht in der Lage, über die Tarife Auskunft zu geben, da die Verhandlungen darüber noch nicht abgeschlossen sind.

Bei Kap. 69, Gewerbliches Unterrichtswesen, erneuert Abg. v. Schöndendorff (nat-lib.) sein im Vorjahre ausgeprochenes Eruchen um Vorlegung eines Organisationsplanes für das technische Unterrichtsweisen.

Unterstaatssecretär v. Möller: Die Regierung ist nicht in der Lage, einen Organisationsplan für das technische Unterrichtsweisen dem hohen Hause vorzulegen. Die Arbeit ist nicht so leicht, und ich kann auch für die nächsten zwei Jahre nicht versprechen, einen solchen Plan vorzulegen.

Abg. Wehr-Dt. Krone richtet an den Minister die Bitte, die Baugewerkschulen, sobald der Etat derselben mit einem Deficit zu kämpfen hat, zu unterstützen; Redner wünscht speziell einen Zuschuß für die Schule in Dt. Krone.

Geh. Ober-Reg.-Rath Lüdgers erwidert, daß die Regierung sich die Pflege der Baugewerkschulen sehr angelegen sein lasse; ein Mehreres, als jetzt geschehe, zu thun, sei sie indessen nicht in der Lage.

Das Extraordinarium des Etats des Ministeriums für Handel und Gewerbe wirkt im Ganzen 139 510 Mk. aus, wovon 80 000 Mk. behufs Uebernahme des Postenwesens der Stadt Stralsund auf den Etat, insbesondere zur Herstellung von sechs Kothenwohnungen und eines Wachtbaus zu Vorhofs, sowie zur Beschaffung der Postenboote bestimmt sind. Die Abgg. Smwalle und Lieber (Centr.) beantragen die Ablehnung der letzten Forderung.

Abg. Smwalle erklärt den Antrag mit allgemeinen Sparmaßregeln, man dürfe der Etat für die

\*) In dem Telegramm in der heutigen Morgennummer ist irrthümlich Tarifiermäßigung statt „erhöhung“ gesagt.

er mir, daß Cora Pearl dereinst Schloßherrin auf diesem fürstlichen Sitze war und daß damals die ganze Gegend in Freuden lebte. Denn wenn sie da war, so kam Geld unter die Leute. Einen eigentlichen Schloßherrn gab es nicht, sondern deren viele. Der bedeutendste war wohl der Prinz Napoleon. Mein Gewährsmann erzählte Wunder vom Luxus, der am Hofe Cora Pearl's herrschte, und vom Aufwande, den sie zu machen verstand. Aber zu ihrer Ehre sei es gesagt, daß er auch von ihrem Wohlthätigkeitssinne das Beste zu berichten wußte. Sie habe keinen Armen ungetröstet ziehen lassen und nach jeder Tafel wurden die Reste in Mäßen an die Bedürftigen vertheilt. Mit ihren Verehrern, da sprang sie freilich anders um; warum ließen sie sich gefallen! — meinte er achselzuckend. Sie schloß sehr gut und ihr Hauptvergnügen bestand darin, in ihrem Parke ihren Anbetern thönerne Pfeifen aus der Hand zu schleßen, eine Passion, die ihnen weniger Vergnügen bereitete, als ihrer Gebieterin; aber als solche wußte sie sich Geborsam zu verschaffen, sogar mit der Reitpeitsche, wenn schon nicht anders. Die Laffema, Marut Duc de Citron, Duc de Moray, Gallembard, Danilow, Dumont-Barberousse, Duc Jean und viele Andere, welche in den Memoiren erscheinen werden, hatten sich eben an ihren Siegeswagen spannen lassen und sie hielt sie fest am Zügel.

Die Aufrichtigkeit, welche Cora Pearl verspricht, ist eben die Aufrichtigkeit einer Person von ihrem Schlage, denn es ist bekannt, daß einer ihrer ehemaligen Verehrer sich ihr Schweigen mit zweitausend Francs erkaufen konnte. Nach diesem Recepte hat sie vielleicht überhaupt schon ein ganz hübsches Sümmchen eingeführt. Nun kommen die Memoiren selbst, von denen sie versichert, daß sie damit keinen Scandal suche, denn diesen spart sie für eine weitere Serie. Sie versteht haushalten mit ihren Erinnerungen, das muß man ihr lassen; allerdings sind sie Alles, was sie aus der Vergangenheit behalten hat. „Ihre Memoiren werden keine Indelicatessen, sondern nur Indiscretionen enthalten.“ Nun, nach den ersten Ausschüßbogen zu schließen, welche man zu sehen bekam, darf man in diesem Punkte anderer Meinung sein.



Bessere Handhabung des Schiffsverkehrs durch den Gellen, einer wesentlich lokalen und privaten Wasserstraße, nicht einseitig ein Staatsgeschäft machen.

Minister v. Bötticher: Es handelt sich durchaus nicht um ein der Stadt Straßburg zu machendes Geschäft, sondern um eine Ausgabe, die der Staat vermöge seiner Verpflichtung, für den Seeverkehr zu sorgen, leisten muß. Ein Reichstheil, auf Grund dessen die Stadt zur Fortführung und alleinigen Unterhaltung des Loosenswesens gezwungen werden könnte, existiert nicht.

Nach längerer Debatte wird die Forderung gegen die Stimmen des Centrums, einiger Nationalliberaler und eines Theils der Freisinnigen bewilligt.

Die übrigen Titel des Extraordinariums rufen keine Debatte hervor; die Bewilligung erfolgt gemäß dem Antrage der Budgetcommission. — Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Präsident v. Koller schlägt vor, die nächste Sitzung morgen Donnerstag abzuhalten und die erste Sitzung der Kreisordnung für Westfalen auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Hänel (freis.) bittet den Präsidenten, von dieser Tagesordnung Abstand nehmen zu wollen, da morgen im Reichstage die Brantweinmonopolvorlage, eine der wichtigsten in wirtschaftlicher, politischer und finanzieller Beziehung, mit welcher sich seit Jahren ein Parlament zu beschäftigen gehabt habe, zur Discussion stehe. Es handle sich dabei nicht bloß um ein Interesse des Reichstages oder derjenigen Mitglieder desselben, die gleichzeitig dem Abgeordnetenhaus angehören, es handle sich vielmehr um ein allgemeines politisches Interesse; es würde der ganzen politischen Situation geradezu widersprechen, wenn an einem solchen Tage, einer solchen Discussion gegenüber auch hier eine Vorlage von der prinzipiellen Wichtigkeit der Kreisordnung zu berathen würde.

Präsident v. Koller: Allerdings beginnt morgen im Reichstage die Generaldiscussion der Monopolvorlage; diese wird sich indessen möglicherweise auch über Freitag und Sonnabend erstrecken (Sehr richtig! rechts), und wollten wir während dieser Discussion hier eine Sitzung halten, so würden die drei Tage ganz ausfallen müssen.

Abg. v. Rauchhaupt (cons.) hält den Vorschlag des Präsidenten auch im Interesse der gleichzeitigen Mitglieder des Reichstages für am meisten empfehlenswerth; Abstimmungen würden morgen im Reichstage sicher nicht stattfinden.

Abg. Hänel: Es handelt sich nicht um Abstimmungen, sondern um eine große politische Discussion, auf die die Augen von ganz Deutschland gerichtet sind. Man würde es einfach als eine neue Demonstration dieses Hauses gegen den Reichstag erklären, wenn wir hier morgen in die Verathung der Kreisordnung eintreten. Die Frage, ob auch die Commission für diese Vorlage drei Tage zeitiger anfangen kann, ist von ganz untergeordneter Bedeutung. (Widerpruch rechts.)

Abg. v. Gynern (nat.-lib.): Der Conflict zwischen den beiden Parlamenten ist uns ja allen sehr unangenehm; indessen sehe ich nicht ein, warum darunter das Abgeordnetenhaus vorzugsweise leiden soll.

Abg. v. Zedlitz (freicons.): Das Haus hat das dringende Interesse, die nächste Zeit für unsere Staatsberatungen voll zur Verfügung zu haben; wir schweben schon fast in der Gefahr, den Etat nicht bis zu dem gesetzlichen Termin zum Abschluß zu bringen. Die Unterstellung, daß mit der Verathung der Kreisordnung unsererseits ein politischer Sachzug gegen den Reichstag gemacht wird, weise ich zurück; man wird draußen unsere tatsächlichen Gründe verstehen, wo man sie verstehen will. Die freisinnige Partei ist ja zudem an Kräften, an Rednern, an Geist so reich (Heiterkeit rechts), daß Sie uns auch hier vortreffliche Reden zur Kreisordnung gleichzeitig mit ihrer Theilnahme an den Reichstagsdebatten halten werden.

Abg. Hänel: Für die letzte Anerkennung bin ich sehr dankbar; sie war allerdings nur persönlich und ist sachlich wohl nicht zutreffend. Eine Gefahr für den rechtzeitigen Abschluß der Staatsberathung ist absolut nicht vorhanden; es war das vom Vorredner nur angedeutet, um einen gewissen Zweck zu erreichen. (Ohl rechts.) Vor zehn Jahren wäre ein Nationalist, der sich so wie heute Hr. v. Gynern geäußert hätte, aus der Partei ausgeschlossen worden; (Lachen bei den Nationalliberalen.) Daß unser Beschluß, morgen zu tagen, allgemein als Demonstration gegen den Reichstag aufgefaßt werden wird, ist keine Unterstellung, sondern meine aufrichtige Ueberzeugung; der Erfolg wird mich rechtfertigen.

Abg. v. Zedlitz: Ich bin entgegengesetzter Meinung und habe die Ueberzeugung, daß der Abg. Hänel selbst nicht glaubt, was er soeben gesagt hat. (Heiterkeit und Unruhe.) Da ich aber gewohnt bin, zu glauben, was ich sage, (Heiterkeit), so halte ich aufrecht, was ich über den Abschluß der Staatsberathung gesagt habe. Der Abg. Hänel hat sich die Lage der Dinge nicht ordentlich angesehen.

Präsident v. Koller wünscht, daß die beiden Vorredner nicht gegenseitig sich andere Motive als die ausgesprochenen unterzulegen fortfahren. (Heiterkeit.)

Abg. Hänel: Hr. v. Zedlitz möchte ich doch anheimgeben, daß er sich etwas mehr anstrengt und seine Erwiderungen nicht immer im Tone von Retourfischen hält. (Heiterkeit.)

Abg. v. Zedlitz: Hr. Dr. v. Hänel (Heiterkeit) wird mich stets bereit finden, keine Retourfische zu machen, wenn sie nicht zuehen; in diesem Falle aber haben sie ordentlich gezeugt. (Heiterkeit rechts.)

Abg. Drischlet: Ich muß Hr. v. Zedlitz überlassen, uns klar zu machen, was eine ziehende Fische ist. (Stürmische Heiterkeit.)

Der Vorschlag des Präsidenten wird gegen die Stimmen des Centrums, der Freisinnigen und einiger Nationalliberalen angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag.

## Deutschland.

Berlin, 3. März. Der Kaiser nahm heute die Meldungen höherer Militärpersonen entgegen und arbeitete später mit dem Civilcabinet. Das Befinden des Monarchen ist durchaus zufriedenstellend.

L. Berlin, 3. März. Zu den Industriezweigen, welche durch das Brantweinmonopol in ihrem Gewerbe besonders geschädigt werden würden, gehören auch die Etiquetten- und Plakatefabrikanten und lithographischen Institute. Aus diesen Kreisen sind dem Reichstagsabgeordneten Börmel 634 Petitionen aus nahezu allen Theilen Deutschlands beifolgend übergeben an den Reichstag zugegangen. Die Petenten beifolgend 10 275 Arbeiter und haben 3779 Pressen in Thätigkeit. Die Petenten bitten den Reichstag, dahin wirken zu wollen, daß die Brantweinmonopolvorlage nicht Gesetz werde, eventuell aber dahin zu wirken, daß ihnen wenigstens förmliche Entschädigungen zugebilligt würden, die dem ihnen erwachsenden großen Verlust entsprechen. Zur Begründung wird in der Petition bemerkt:

Wir verfertigen Etiquetten (für Arac, Cognac, Rum, Essenzen und Piquette u.) und Plakate, sowie Preislisten und Druckfachen aller Art, oft in reicher Ausstattung, und zählt der jährliche Bedarf an diesen Erzeugnissen nach Millionen. In den für diese Branche speciell hergestellten künstlerischen und kunstgewerblichen Compositionen, Mustern, Modellen, Druckplatten u. c. sind große Kapitalien angelegt. Nun ist es sicher anzunehmen, daß bei Uebernahme der Destillation der Piquette, Essenzen u. c. durch den Staat die Sachlage gänzlich verändert werden würde; an Stelle der jetzt üblichen reichen und mannigfaltigen Ausstattung der Etiquetten, Plakate und diversen Druckfachen würde bald eine einfache und uniforme treten, die jegliche Thätigkeit auf diesem Gebiete, der unter Fach eine so große, kunstgewerbliche Anregung und Nahrung verdankt, würde bald außer Kraft gesetzt sein, vielleicht dürfte gar der Rest derselben ebenfalls auf Staatsinstitute übergehen. — Wir würden auf diese Weise einen sehr großen Theil unserer Umsätze (der bei einigen von uns 100 000 bis 200 000 Mk. ausmacht) einbüßen; unsere ganzen Vorräthe an Arac, Cognac, Rum und Piquette-Etiquetten würden werthlos und unsere in künstlerischen Compositionen, Mustern, Modellen, Lithographien, Stangen u. c. engagierten Kapitalien müßten unweigerlich verloren gehen. Der Verlust an den letzteren

allein bezieht sich bei einigen von uns auf über 30 000 Mk. Die Petenten weisen ferner darauf hin, daß sie bei Einführung des Monopols genöthigt sein würden, ihre Thätigkeit auf andere Felder der bereits so schwer unter Ueberproduction leidenden Brande zu werfen und ihren Collegen eine unheilvolle Concurrenz zu machen. Uebrigens wirke heute schon die bloße Aussicht auf das Monopolgesetz lähmend auf ihre Brande, so daß die Entlassung von Arbeitern nur noch eine Frage der Zeit sei.

△ Berlin, 3. März. Der Bundesrath wird morgen die übliche Plenarsitzung halten. Von der sehr umfangreichen Tagesordnung seien erwähnt: Ueberweisung der Reichstagsbeschlüsse bezüglich des Nord-Ostsee-Canals, der Abänderung des § 137 des Gerichtsverfassungsgesetzes und des Viehhofengesetzes. An neuen Vorlagen ist angekündigt der Entwurf über die Ansprüche des Statthalters in Elsaß-Lothringen auf Gewährung von Pension und Wartegeld. Ferner soll erfolgen Beschlußfassung über den vom Reichstage abgeänderten Entwurf eines Gesetzes, betreffend Fürsorge für Beamte und Personen des Solbatenstandes. Dann folgt eine lange Reihe mündlicher Ausführl. u. A. über den Antrag Preußens wegen Verleihung der Rechte juristischer Personen an Innungs-Verbände; über die Correction des Fahrwasser der Unterweser, über das Gesetz für Elsaß-Lothringen, betreffend das Gefängnißwesen u. s. f.

Ueber die Abstimmung des Bundesrathes bezüglich des Brantwein-Monopols wird jetzt bekannt, daß die Abänderungen des Plenums an den Ausschuss-Anträgen sich lediglich auf redactionelle Fassung beschränken. Schließlich nahmen Bayern, Württemberg und Baden auf Grund der verfassungsmäßigen Reservatrechte an der Abstimmung nicht Theil, behielten sich jedoch vor, je nach Ergebnis der weiteren Verathung die in dem Entwurfe vorgesehene Zustimmung zu der Ausdehnung des Gesetzes auf ihre Staatsgebiete zu erklären; Odenburg enthielt sich wegen mangelnder Instruction der Abstimmung. Danach sind die verschiedenartigen anderweitigen Angaben über die Stellung der einzelnen Bundesstaaten zu der Maßnahme zu berichtigen.

\* [Eine Versammlung deutscher Zunderfabrikanten] tagte vorgestern in Berlin beifolgend Stellungnahme zu der von der Reichstagscommission vorgeschlagenen Besteuerung des Melassezuckers. 105 Fabriken waren vertreten. Den Vorsitz führte v. Nischhofen-Güldorf (Schlesien). Götz-Berlin referirte über die vom Comité vorgeschlagenen Resolutionen. Diese richteten sich, entgegen den Vorschlägen der Reichstagscommission, gegen die Besteuerung von Melasse. Sie erklärten namentlich, jede Besteuerung der Melasse widerstreite der durch eine lange Reihe von Jahren bewährten Rohmaterialsteuer, prämiere noch mehr den für Rübenbau von der Natur bevorzugten Boden und gefährde das Fortbestehen von Fabriken in landwirtschaftlich ungünstiger Lage. Die anwesenden Reichstagsabgeordneten Graf Hache-Altranst, Rohland und Passerott nahmen die Reichstagscommission in Schutz. Der Vorsitzende empfahl die Herabsetzung der Exportbonification als die einzig richtige Reform. Bei der Abstimmung wurden die Resolutionen von den anwesenden 113 Theilnehmern einstimmig angenommen. (Frei. 13.)

\* [Deutsche Wohlfährigkeitsgesellschaft in London.] Aus London wird uns vom 2. März berichtet: Die hiesige deutsche Wohlfährigkeitsgesellschaft hielt gestern Abend unter dem Vorstehe des Herrn Dr. von Ernsthausen in der Freemasons Tavern ihr 68. Jahresfest ab, an welchem etwa 200 Gäste theilnahmen, unter denen sich der deutsche Botschafter Graf Hagfeldt und dessen Tochter, fast das gesamte Personal der deutschen Botschaft, mehrere Mitglieder der österreichisch-ungarischen Botschaft, und die Spröhen der hiesigen deutschen Colonie befanden. Beim Nachtische folgte den üblichen Trinksprüchen auf die Königin, den Prinzen und die Prinzessin von Wales und die übrigen Mitglieder der kgl. Familie der Toast auf den deutschen Kaiser, der, vom Vorsitzenden in deutscher Sprache ausgebracht, mit großer Begeisterung aufgenommen wurde. Hierauf trant Graf Hagfeldt, nachdem er für die Weise, mit welcher der letzte Toast aufgenommen worden, seinen herzlichsten Dank ausgedrückt, auf das Wohl des Kaisers von Oesterreich und der übrigen fürstlichen Gönner und Protectoren der Gesellschaft, wofür ein Mitglied der österreichischen Botschaft seinen Dank ausdrückte. Die geistvolle Rede des Grafen Hagfeldt, der bei diesem Festmahle zum ersten Male seit seiner Ankunft in London mit seinen Landsleuten hierseits in persönliche Berührung trat, machte den besten Eindruck, insbesondere seine Versicherung, daß er stets bereit und Willens sein werde, seine Landsleute zu bewillkommen und sie in irgend einer Weise, die sie wünschen sollten, zu beschützen. Die Sammlungen für die wohlfährigen Zwecke der Gesellschaft ergaben 1013 Mtr., worunter sich die Jahresbeiträge des deutschen Kaisers und des Kaisers Franz Joseph von je 50 Mtr. befinden.

\* [Deutsch-türkischer Handelsvertrag.] Aus Konstantinopel wird der „Kölnischen Zeitung“ berichtet, Deutschland habe den Botschaftsrath v. Thielmann und den Generalconsul v. Tressow zu seinen Vertretern für den Abschluß eines Handelsvertrages mit der Türkei ernannt, und die Botschaft habe in Aussicht gestellt, daß die Verhandlungen „nächstens“ beginnen sollten.

\* [Zum Bischof von Mainz] soll der hochbetagte Defan Brentano in Helbenberg bei Gießen ausersuchen sein. Die Nachricht ist jedoch, der „Germania“ zufolge, ein gänzlich unbegründetes Gerücht.

\* [Deutschland auf den Samoa-Inseln.] Etwa Mitte Januar brachten verschiedene englische Blätter Meldungen über Ende v. J. auf den Samoa-Inseln stattgehabte Vorgänge, die so dargestellt wurden, als ob sie durch eine ungerechtfertigte deutsche Aggression hervorgerufen wären. Die Deutschen sollten den König Malietoa aus seiner rechtmäßigen Residenz vertrieben, mit Hilfe von bewaffneten Mannschaften des deutschen Kreuzers „Albatros“ die königliche Flagge gewaltsam niedergebott und durch die deutsche Flagge ersetzt und überhaupt sich sehr ungebührlich betragen haben, so daß der englische und nordamerikanische Consul sich veranlaßt gesehen hätten, feierlichen Protest zu erheben u. dgl. m.

Die jetzt eingetroffene australische Post hat noch keine Nachrichten mitgebracht, welche die Vorgänge vollkommen aufzuklären vermöchten. Die deutsch-fürstliche Partei auf Samoa hat es nämlich, wie dem „Hamb. Corresp.“ aus Sydney berichtet wird, fertig gebracht, lediglich ihre verlogenen Berichte in die Welt zu schicken und die Abwendung der deutschen Postschiffe in unerhörter Weise zu hintertreiben. Die Samoa-Inseln stehen nämlich in vierwöchentlich Postverbindung mit der übrigen Welt durch eine amerikanische Dampfer-Linie, welche von San Francisco nach Neuseeland und Australien geht und unterwegs, sowohl auf der Hin- wie auf der Rückreise, Briefe und Personen von den Samoa-Inseln mitnimmt. Der Dampfer läuft jedoch keinen Hafen der Inselgruppe selbst an, sondern stoppt nur in einer Durchfahrt zwischen zwei

Inseln, wo Fahrzeuge, welche ihm etwas mitzugeben haben, ihn erwarten müssen; sobald der Dampfer mit diesen kleineren Fahrzeugen verkehrt hat, geht er unmittelbar weiter. Ein gewisser Churchward oder Churchwood war nun, als der vorletzte dieser Postdampfer auf der Tour von Neuseeland nach San Francisco die Samoa-Inseln passirte, demselben mit einem kleinen Dampfboote entgegen gegangen, hatte sich selbst mit nach San Francisco eingeschifft und den Capitän auf bisher noch nicht aufgeklärte Weise bewogen, sofort weiter zu gehen, ohne auch die deutschen Briefe mitzunehmen. So brachte denn dieser Churchward oder Churchwood die ersten, natürlich ausschließlich von ihm gefärbten Berichte über die Vorgänge auf den Samoa-Inseln nach San Francisco und bisher ist es nicht möglich gewesen, diese gefärbten Meldungen durch deutsche Mittheilungen zu corrigiren, da die nächstfolgende Post noch fehlt.

Zur Sache selbst erfährt der „Hamb. Corresp.“ ferner Folgendes aus Sydney:

Das Süd-Land in Malinuri, auf welchem der König Malietoa seinen Wohnsitz aufgeschlagen, sei schon seit Jahren von der deutschen Plantagen-Gesellschaft als ihr wohl erworbenes Eigenthum beansprucht und der König in Folge dessen aufgefordert, Paß zu bezahlen oder das Terrain zu räumen. Nachdem dieser Streit eine Zeit lang gedauert, sei dem Könige mit gewaltsamer Ausübung gedroht worden, worauf derselbe mit einigen Anhängern nach einem Punkte noch näher an Apia, dessen Besitztum ebenfalls zweifelhaft ist, überfiele und dort seine Flagge aufstiehe ließ. Hiergegen schritten dann die deutschen Behörden ein, indem sie mit Hilfe eines Detachements von der Mannschaft des Kreuzers „Albatros“ die königliche Flagge niederholten und durch die deutsche ersetzt ließen. In welcher Weise die Berichte des Amerikaners Churchward die Unwahrheit sagen, mag man u. A. aus dem einzigen Umstande entnehmen, daß der deutsche Consul vom „Albatros“ 300 bis 400 Mann habe landen lassen, während dieses Schiff bei einer Besatzung von nur 115 Mann doch kaum mehr als 50 hätte an Land schicken können.

\* [Bei den Erbprinzen Meiningenschen Herrschaften] fand, wie gemeldet, am Sonnabend Abend im Schlosse zu Charlottenburg ein Costümball statt. In der mit Blatt- und Blüthenpflanzen geschmückten Vorhalle empfingen Herr und Frau von Berger die hohen Gäste. Es erschienen der Kronprinz und die Kronprinzessin mit ihren drei Töchtern, Prinz Wilhelm nebst Gemahlin, Prinzessin Alexandrine von Mecklenburg nebst Tochter, Prinz Reuß nebst Gemahlin, Prinzessin Ratibor und andere Fürstlichkeiten. Sämmtliche Gäste hatten prächtige Maskencostüme angelegt, der Erbprinz von Meiningen erschien als Grieche, Prinz Wilhelm als Schotte, die Frau Kronprinzessin als Venetianerin u. s. w. Der Kronprinz war in Civil erschienen und hatte den Leibrock (mit dem breiten gelben Ordensband), Kniehosen, seidene Strümpfe und niedrige Schuhe angelegt. Getanzt wurde im gelben runden Saal, der mit den seltensten Topfgewächsen geschmückt war. Ueberraschend wirkte die von der Frau Erbprinzessin von Meiningen eingerichtete Quadrille aus der Rococozeit.

\* [Ueber die Gefährlichkeit der Polinnen] insbesondere für preussische Leutenants liest man in der „Internationalen Revue“ über die gesammten Armeen und Flotten“ folgendes:

„Ich sprach 1849 mit einer vornehmen polnischen Dame auf Remonte-Commando, während Miroslawski in Baden kämpfte, über die 48er Revolution, die sie zu den schönsten Hoffnungen für die Zukunft Polens berechtigte. Ich sagte, es läge wenig Weisheit darin, denn mit jeder Revolution würde der polnische Adel mehr und mehr decimirt, und es würde bald Niemand mehr übrig bleiben, der Revolution machte.“ „D“, sagte sie, „das schadet gar nichts, dann betrauen wir preussische Leutenants, und daß unsere Söhne dann gute Polen werden, dafür lassen Sie uns sorgen.“ Und ihre Augen sahen mich dabei so verführerisch an, daß mir angst und bange wurde. Nun, ich dachte, da „läge Mist“ drin, wenn solche junge schöne Mütter die Phantasie ihrer Kinder von der alten Verdricktheit des polnischen Schlaraffenlebens beraubt, da kann gerade bei einem deutschen Gemüth, dessen erste Eindrücke so poetisch haften bleiben, zeitweilen ein polnischer Phantast daraus werden, — also ohne Gefahr ist das gar nicht!“

\* [Der Petitionssturm gegen das Monopol] dauert ungeschwächt fort; so sind jüngst 39 Petitionen mit 1039 Unterschriften aus der Stadt und dem Kreise Lauenburg dem Abg. Rickert zur Ueberreichung an den Reichstag überwiesen. — Eine weitere große Anzahl aus Bältn (Pommern), Zerbst u. s. w. sind durch denselben Abgeordneten dem Reichstage überreicht worden.

\* [Das Oberverwaltungsgericht] (1. Senat) verhandelte, der „Post“ zufolge, in seiner gestrigen Sitzung in der Berufungsinanz in der Verwaltungsstreitsache der Stettiner Stadtverordnetenversammlung wider den dortigen Magistrat wegen Beanstandung einer von der Klägerin beschlossenen Petition an den Reichstag gegen die Erhöhung der Getreidezölle. Nach längerer Verathung erkannte der Gerichtshof dahin, daß die Entscheidung auszusuchen und das mit Gründen versehene Urtheil den Parteien zuzustellen sei. Bei der prinzipiellen Bedeutung der Frage hatte der Minister des Innern einen Commissar zur Wahrnehmung des öffentlichen Interesses ernannt und den Geh. Regierungsrath Halber in die Sitzung abgeordnet, um den Standpunkt der Verwaltung darlegen zu lassen. Dieser geht dahin, daß die Stadtverordneten-Versammlung zu Stettin mit dem Beschluß, jene Petition abzusenden, die für ihre Befugnisse in der Städteordnung gezogenen Grenzen überschritten habe und der Magistrat berechtigt gewesen sei, den Beschluß zu beanstanden.

\* [Eine Versammlung der Handlungsgehilfen Berlins] fand am Dienstag Abend im großen Saale des Bughagen'schen Stabflements unter Vorsitz des Kaufmanns Karl Rosenthal statt mit der Tagesordnung: „Die Handlungsgehilfen-Bewegung und die Parteien im Reichstage.“ Die Verhandlungen bewegten sich, der „Volkszeit.“ zufolge, in dem aus den Versammlungen der Handlungsgehilfen satfam bekannten Rahmen. Hauptredner waren die Abgg. Paul Singer und Dr. Th. Barth, von denen sich, wie erklärlich, letzterer wenig Beifalls zu erfreuen hatte. Mit allen gegen eine Stimme wurde folgende Resolution angenommen:

„Die am Dienstag, den 2. März, im Bughagen'schen Saale verammelten Handlungsgehilfen Berlins beschließen in Anbetracht der alles Maß übersteigenden Noth in diesem Stande, den Reichstag (X. Commission für Abänderung der Gewerbeordnung) aufzufordern, nach folgenden Gesichtspunkten bei Festlegung des Arbeitsverhältnisses der Angestellten im Handelsgewerbe zu den Prinzipalen zu verfahren: a) die im Handelsgelezbuch vorgeschriebene Kündigungsfrist bleibt als Minimalgrenze bestehen. Andere Abmachungen mit Ausnahme einer vierwöchentlichen Probezeit sind unstatthaft; b) die Zeitzeit darf die Dauer von drei Jahren nicht übersteigen; c) die Arbeitszeit der Angestellten im Handelsgewerbe unter 18 Jahren darf die Dauer von 8 Stunden täglich ercl. Pausen nicht übersteigen; d) die Arbeitszeit der Angestellten im Handelsgewerbe über 18 Jahre darf die Dauer von 10 Stunden täglich ercl. der Pausen nicht übersteigen; e) die Arbeitszeit darf an Werktagen nicht vor 8 Uhr und an Sonn- und Festtagen ebenfalls nicht vor 8 Uhr Morgens beginnen und darf nicht über 8 Uhr Abends resp. 1 Uhr Mittags ausgedehnt werden.“

\* [Die Vernichtung Roms] Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht in der „Deutschen Rundschau“ Professor Hermann Grimm, der diesen Winter in Rom weilte, eine Anklage gegen die barbarische Mißhandlung der mittelalterlichen Stadt durch einen Bebauungsplan, der jedes ästhetischen und Pietätsgefühls spottet und eine allen Nationen ehrwürdige und weisevolle Stadt der niedrigsten Speculation ankliefert. Reizende, welche in den letzten Jahren Rom besucht haben, können nur mit Trauer davon sprechen, was unter der Hand der römischen Kaufmanns und der gewöhnlichen Speculanten aus der historisch und landschaftlich so unvergleichlichen Stadt wird. Alles das aber ist erst der Beginn eines von jeder anderen Rücksicht als dem Gewinn einer Speculantenengruppe absehbaren „Umhaues“ von Rom. Die berühmtesten Villen und Gärten sind nicht minder bedroht, als eine große Anzahl Monumente des mittelalterlichen Roms. Freilich sind die Enthusiasten für Aufdeckung antiker Fundamente und Mauerreste schon mit dem Beispiel absoluter Nichtachtung der Werke späterer Cultur vorausgegangen. In allen Ländern Europas bereiten sich Proteste vor gegen die Vernichtung Roms; vielleicht daß sie die Italiener von heute daran erinnern, wie es eine Ehrenpflicht des neuen Reiches ist, die so dringend begehrte Reichshauptstadt vor den schlimmsten Schicksalen zu bewahren. Auch in Deutschland wird in gelehrten und künstlerischen Kreisen eine Erklärung vorbereitet, die wenigstens die Verwaltung von Rom nicht im Zweifel darüber lassen wird, was die Culturwelt von ihrem Vorgehen hält.

\* Aus Pommern, 2. März. Die „Preuß. Lehrer.“ veröffentlicht folgende amtliche Bekanntmachung des Schulzen zu Peenemünde nach ihrem Wortlaut:

„Amtliche Bekanntmachung. Ich mache der hiesigen Gemeinde nochmals aufmerksam auf die jetzt polirenden Verhältnisse, welche im Reichstage so wie im Abgeordnetenhaus gegen Conservative seit vorgehn. Da wir wie ich noch hoffe alle oder meisten theils Conservativ gesinnt sind, und mit für Kaiser und unsern Könige ein stehen, und das beste Wohlwollen zu fördern helfen, was in unseren Kräften steht, wofür unserer Taperen Reichstagsler Fürst v. Bismarck jetzt wie der Bestrebteste Hirt für uns alle ist. Es hat sich deshalb wie ich schon vor acht Wochen bekannt gemacht habe, ein Conservativer-Verein gebildet in unserm Kreise welcher seinen Sitz in unserer Kreis-Stadt hat und nur ein Eintrittsgeld von 50 Pfennige von einem jeden der dem Verein beitrifft, gezahlt werden muß, wofür Mitglieds-Karten und Statuten für jeden angefertigt werden, dieselben sind bei mir schon einzusehen. Es wird sich nach meiner Ueberzeugung kein richtiger Conservativer hier vor zurückziehen, welches ich im vollen Vertrauen annehme, zu diesem Zweck, stelle ich am Sonnabend den 27. Februar Abends 7. Uhr an eine Versammlung fest, und hoffe die zahlreiche einkommend, wo ich einen jeden auf lichte und die 50 Pfennige eintrittsgeld entgegen nehmen, um so bald wie möglich solches ein zu senden. Es unterzeichnet sich als Mitglieds-Vorstand des N. Ner. Conservativen Vereins. Gemeinde-Vorsteher.“

\* In Kiel hat am 1. d. M. der Reichstags-Abgeordnete Rickert eine Rede über die Reichstags- und Landtagsarbeiten vor einer sehr zahlreich besuchten liberalen Versammlung gehalten. Zum Schluß ging Rickert auf die Verhältnisse in Schleswig-Holstein, namentlich bei den letzten Landtagswahlen, ein und wies mit großer Entschiedenheit den Vorwurf des Abgeordneten Schütt zurück, der die Freisinnigen als Republikaner bezeichnete. Der Rede folgte rauschender Beifall und ein begeistertes Hoch auf den Abgeordneten Rickert.

Posen, 3. März. Gegen den künftigen Erzbischof Dinder ist, wie bereits mitgetheilt, eine lebhafteste Agitation ins Werk gesetzt worden, indem Unterschriften zu einer Petition gesammelt werden, in welcher der Papst gebeten wird, in dem Conistorium, welches im Laufe d. M. in Rom abgehalten werden soll, den Domherrn Dinder zum Erzbischof von Gnesen-Posen nicht zu präconisiren. Sowohl in der Stadt wie in der Provinz Posen wird sehr lebhaft für Unterzeichnung dieser Adresse agitiert, und ist die Initiative dazu aus einflussreichen Kreisen ausgegangen.

## Holland.

Amsterdam, 1. März. Seit einiger Zeit bestehen in den südlichen Provinzen Nordbrabant und Limburg katholische Militärvereine. An der Spitze steht in der Regel ein Kaplan. Protestantische Soldaten können zwar in das Vereinslocal eingeführt werden, sind aber nur geduldete Gäste und werden folglich von ihren katholischen Kameraden nicht als gleichberechtigt angesehen. Die Gliederung dieser Vereine ist eine militärische, es bestehen aus hier Rangunterstufungen, die aber wohl nicht von Muth und Tüchtigkeit, sondern von kirchlicher Rechtgläubigkeit abhängen, und überdies verrichten die Mitglieder in der Kirche auf Commando besondere religiöse Ceremonien. Man sieht, wie der Ultramontanismus auch im Heere festen Fuß zu fassen strebt, und seit der Kampf gegen die gemischte Schule so große Erfolge erzielt hat, kann man seine Kräfte getrost auch an der Armee versuchen, und zu der Forderung, Katholiken und Protestanten in besondere Compagnien einzustellen, ist der Weg dann nicht mehr weit.

## Frankreich.

Paris, 2. März. Paul Déroulède erzählte einem Reporter des „Gaulois“, daß er ins Ausland reisen wollte, weil ihn die innere und äußere Politik der Regierung anekelte und er überdies vermeiden wollte, daß man ihn bei der Schachwahl für Rochefort wieder zwänge, als Candidat aufzutreten. Er wolle ins Ausland reisen, um überall das Wort der „Antigermanisirung“ zu fördern. Er werde keine Meetings abhalten, sondern seinen Freunden in den verschiedenen Ländern einzeln auseinanderlegen, wie gefährlich für sie die Entwicklung Deutschlands und wie nützlich die Agitation der französischen Protestler wäre. Er werde zunächst nach Italien, sodann nach Oesterreich-Ungarn und den anderen Ländern reisen und 6 Monate abwesend bleiben. Deutschland, den Elsaß werde er nicht besuchen, da er dort Conflicte hervorrufen könnte. Im Allgemeinen machten die Erklärungen Déroulède's den Eindruck, als ob derselbe ernstlich krank wäre. (Nat.-Ztg.)

## Amerika.

Washington, 2. März. Dem Congreß ist heute eine Botschaft des Präsidenten Cleveland zugegangen mit der zwischen der Regierung und dem chinesischen Gesandten anlässlich der jüngsten Ausschreitungen gegen Chinesen gewechselten Correspondenz. Der chinesische Gesandte hat eine Geldentschädigung gefordert, indem er sich darauf beruft, daß die chinesische Regierung bei früheren ähnlichen Anlässen gegenüber Amerikanern entsprechend verfahren wäre; es sei deshalb die gleiche Verpflichtung auf Seiten der amerikanischen Regierung zu fordern. Präsident Cleveland erklärt es für nothwendig, das Vorhandensein einer Verantwortlichkeit für die stattgehabten Ausschreitungen auf Seiten der Vereinigten Staaten entschieden abzulehnen, stellt aber die Angelegenheit der Ermäßigung des Congresses anheim. (W. Z.)

## Danzig, 4. März.

Wetterausichten für Freitag, 5. März. Original-Telegramm der Danziger Zeitung auf Grund der Prognose der Deutschen Seemarte. Bei mäßigen Winden unbestimmter Richtung etwas wärmeres, meist trübes Wetter mit Schneefall.







und u. Verlag v. A. W. Kafemann  
in Danzig  
Hierzu eine Beilage.



# Beilage zu Nr. 15727 der Danziger Zeitung.

Donnerstag, 4. März 1886.

## Reichstag.

57. Sitzung vom 3. März.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Berathung der Petitionen, welche als zur Erörterung im Plenum nicht geeignet erachtet sind.

Abg. Kayser (Soc.) legt Verwahrung ein gegen diese Abschachtung von Petitionen en gros, welche das Petitionsrecht des Volkes illusorisch mache.

Abg. Rickert wäre glücklich, wenn er wüßte, was der Vorredner eigentlich bezweckt. Nach § 28 der Geschäftsordnung müssen alle Petitionen im Plenum erörtert werden, bei denen dies von der Commission oder von 15 Mitgliedern beantragt wird. (Hört, hört!) Hat Herr Kayser einen solchen Antrag gestellt? Nein! Wenn er ihn stellt, ist Rickert bereit, ihn zu unterstützen und die 15 Mitglieder zu stellen, um damit zu zeigen, daß von einer Massenabschachtung der Petitionen hier nicht gesprochen werden kann. Uebrigens werden die Petitionen im preussischen Abgeordnetenhaus genau so behandelt, wie im Reichstage. (Beifall.)

Abg. Kayser behauptet, er habe früher öfter Anträge auf Erörterung von Petitionen im Plenum gestellt, aber ohne Erfolg.

Abg. v. Koller (cons.) bestreitet diese Behauptung, die Geschäftsordnung sei richtig angewendet worden. Eingegangen sind 13 000 Petitionen; die Zeit, sie alle im Plenum zu erörtern, hat doch weder das Haus noch der Abg. Kayser.

Abg. Meyer-Halle (frei.): Wir sind stets bestrebt, den Petitionen zu ihrem Recht zu verhelfen, aber wir können nicht die Zeit des Hauses mit der Erörterung unberechtigter Petitionen verderben.

Abg. Kayser erklärt nochmals, daß seine Partei mit dem üblichen Modus der Erledigung von Petitionen nicht einverstanden sei, und wird eine Aenderung der Geschäftsordnung i. Z. beantragen.

Abg. Lippe (frei.): Dem Abg. Kayser ist von allen Seiten in der Petitionscommission, deren Mitglied er ist, die größte Berücksichtigung zu Theil geworden. Gleich als er hereinkam, hielt er eine große Rede, daß die ganze Sache anders behandelt werden müsse. Dana blieb er im vorigen Jahre den Sitzungen meist fern und in der ersten Sitzung dieses Jahres trug er darauf an, daß eine Präsenzliste der Mitglieder geführt werde und daß jeder, der nicht komme, sich entschuldigen möge. Das wurde ihm bewilligt; die Präsenzlisten sind geführt worden; und wer immer zu denen gehört hat, die am seltensten zugegen waren, war der Abg. Kayser. (Weiter.) Er war oft auch in Sitzungen abwesend, wo er Correferent war. Ich protestire gegen die Redensart „Abschachtung der Petitionen“. Die Petitionen sind in der Commission stets sehr gründlich berathen worden; und wenn irgend etwas zweifelhaft war, haben wir einen Regierungskommissar zugezogen. Hr. Kayser kann das natürlich nicht wissen, da er eben nur selten da war. (Weiter.) Was er heute sagte, war nur eine Declamation für das Land, keine Rede zur Sache. (Lebh. Beifall.)

Abg. Kayser: Diese Behauptungen entsprächen nicht den Thatfachen, wie eine einfache Einsicht in die Protokolle ergeben werde.

Abg. Rickert fordert Kayser nochmals auf, jetzt einen Antrag zu stellen, in dem gesagt ist, welche der Petitionen, um die es sich heute handelt, er im Plenum

erörtert sehen will. Für die nöthige Unterstützung dieses Antrages werde er sorgen. Wenn Kayser einen solchen Antrag nicht stellt, so sei zu constatiren, daß er die Zeit des Hauses in ganz rücksichtsloser Weise in Anspruch genommen hat. (Sehr richtig!)

Nachdem auch Windthorst sich im Sinne Rickerts und Meyers ausgesprochen, beantragt Abg. Kayser, zwei von den Petitionen, welche die Commission für nicht geeignet zur Plenarberathung hält und welche die Vermehrung der Zahl der Reichstagsabgeordneten verlangen, im Plenum zu erörtern und sie dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen. Nachdem Rickert darauf aufmerksam gemacht hat, daß das Haus vor der Erörterung im Plenum doch nicht wissen könne, ob es die Petitionen zur Berücksichtigung empfehlen könne, wird über den letzteren Satz des Antrages getrennt abgestimmt werden.

Da der Antrag Kayser von mehr als 15 Mitgliedern, u. a. von zahlreichen Mitgliedern der deutsch-freimüthigen Partei unterstützt ist, wird die Petitions-Commission über die beiden erwähnten Petitionen Bericht an das Plenum erstatten; der zweite Theil des Antrages wird abgelehnt. Die übrigen Petitionen werden dem Vorschlage der Commission gemäß im Plenum nicht erörtert werden.

Zur ersten, event. zweiten Berathung steht darauf der Beschluß des Bundesraths, betr. die Aufnahme der Cellulosefabriken in das Verzeichniß der einer besonderen Genehmigung bedürftigen gewerblichen Anlagen.

Abg. Rickert: Der Beschluß des Bundesraths ist durchaus zweckmäßig. Diese Fabriken bedürfen zweifellos der Genehmigung und vor Allem genauer Prüfung vor der Concession. Die Umgegend von Danzig hat unter einer Cellulosefabrik so zu leiden, daß an manchen Tagen der Bevölkerung die Luft zu athmen vergeht. Leider steht die Fabrik theils unter der Polizei des Stadt- und theils des Landkreises, und es war bisher eine Abhilfe auf dem Wege des Verwaltungsfreiverfahrens nicht zu erreichen. Ich fürchte, daß, nachdem die Fabrik einmal besteht, auch der Minister nicht wird Remedur schaffen können. Die Sache schwebt noch in der höheren Instanz, aber im Wege der Gesetzgebung wird sich schwerlich etwas erreichen lassen. Um so notwendiger ist es, dem Beschluß des Bundesraths zuzustimmen.

Staatssecretär v. Bötticher: Die Belästigungen, von denen der Vorredner sprach, waren ja wesentlich das Motiv zu diesem Bundesrathsbeschluß. Ein Eingreifen der Polizei bestehenden Anlagen gegenüber, welche Belästigungen für das Publikum mit sich führen, ist doch jetzt schon da zulässig, wo die Anlagen eine Gefahr für das Publikum in sich schließen. Im Geltungsbereich des preussischen Landrechts wenigstens — und dazu gehört auch Danzig — hat die Polizei das Recht, die nöthigen Anstalten zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und zur Abwehr bestehender Gefahren zu treffen. Das Recht dazu wird auch von den Behörden in vollem Umfange angesprochen. Quaestio facti ist allerdings immer, ob wirklich ein gefährlicher Zustand vorliegt.

Das Haus genehmigt den Beschluß des Bundesraths auch in zweiter Berathung.

Es folgt die erste Berathung des Nachtragsatzes. 776 500 M. zur Errichtung eines sechsten Civilsenats beim Reichsgericht, zur Erwerbung eines Grundstücks behufs

Errichtung eines Dienstgebäudes für das Patentamt und zum Ausbau des Dienstgebäudes Wilhelmplatz Nr. 2 für die Zwecke des Reichsversicherungsamts sowie des Reichsschatzamts.

Abg. Hammacher (nat.-lib.) beantragt, den Nachtragsatz der Budgetcommission zu überweisen. Er vermischt in demselben eine Forderung für die projectirte physikalisch-technische Reichsanstalt zur Beförderung der exacten Naturforschung. Bekanntlich hat der Geheimrath Siemens in Charlottenburg für die Zwecke dieser Reichsanstalt etwa 1/2 Million zur Verfügung gestellt.

Staatssecretär v. Bötticher: Die Regierungen haben die Offerte des Hrn. Werner Siemens, der ein Grundstück zur Errichtung einer technisch-physikalischen Reichsanstalt den Regierungen angeboten hat, mit großem Danke angenommen: die Vorarbeiten zu diesem Project sind bereits gemacht worden. Die Mittel für diese Reichsanstalt sollen jedoch erst in das nächstjährige Ordinarium eingestellt werden.

Der Nachtragsatz wird der Budgetcommission überwiesen.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Ausprägung einer Nickelmünze zu 20 S. Abg. Uhden (cons.): Ebenso nothwendig wie die Ausprägung von Zwanzigpfennignickelstücken ist aber die Ausprägung von 2 1/2-Pfennigstücken in Kupfer.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.) hat bis jetzt noch keinen Menschen gefunden, der ein Bedürfnis nach einem Zwanzigpfennigstück in Nickel empfunden hätte.

Staatssecretär v. Burchard: Der Abg. v. Kardorff hat keine Sympathie für Nickelmünzen, aber andere Nationen sind dem Beispiele Deutschlands gefolgt, wie die Schweiz und Amerika. Nach meinen Informationen liegt es auch in der Absicht Frankreichs, Nickelmünzen einzuführen. Der Behauptung, es bestände kein Bedürfnis für ein Zwanzigpfennigstück in Nickel, muß ich ausdrücklich widersprechen, es hat sich in verschiedenen Landestheilen, namentlich in Norddeutschland, das Bedürfnis dringend geltend gemacht. Die Größe der Münze wird ungefähr die des Zwanzigmarkstückes sein, doch wird sie erheblich dicker ausfallen. Ein Bedürfnis nach einem 2 1/2-Pfennigstücke in Kupfer können die verbundenen Regierungen nicht anerkennen.

Abg. Bamberger (frei.): Warum sollen wir den Versuch, Zwanzigpfennigstücke in Nickel auszuprägen, nicht machen? Wenn die Sache nicht gelingt, haben wir nicht viel verloren. (Sehr wahr! links.) Für die Ausprägung möchte ich doch aber bitten, dieselbe mit etwas mehr Liebe und Sorgfalt auszuführen. Daß die verbundenen Regierungen keine Veranlassung fühlen, deshalb das silberne Zwanzigpfennigstück einzuziehen, — damit bin ich durchaus einverstanden, ich halte überhaupt die Feindschaft gegen das silberne Zwanzigpfennigstück für etwas übertrieben, ebenso wie die gegenüber dem goldenen Fünfschillingstück.

Abg. v. Schalscha (Centr.): Eine ovale Gestaltung der Nickelmünzen würde eine Verwechselung derselben mit anderen Münzsorten unmöglich machen. Für die Einführung eines 2 1/2-Pfennigstückes bin ich früher bereits eingetreten.

Für die zweite Lesung, in welche das Haus sofort eintritt, liegt vor ein Antrag des Abg. Uhden auf Einführung eines 2 1/2-Pfennigstückes.

Staatssecretär v. Burchard bittet von der Aufnahme dieser Forderung in das Gesetz abzusehen, da-

gegen hat er nichts dagegen, wenn dieselbe in Form einer Resolution weiter verfolgt wird. Eine neue Münze kann nur eingeführt werden, wenn ein Bedürfnis dazu vorhanden ist. Ein solches Bedürfnis hat bezüglich des 2 1/2-Pfennigstücks bis jetzt noch nicht constatirt werden können. Die 20-Pfennigstücke aus Silber sollen nach Prägung der 20-Pfennigstücke aus Nickel nicht kassirt werden. Die Ausprägung derselben wird in nicht zu großen Beständen erfolgen. Ueber die Form derselben werden sorgfältige Prüfungen stattfinden.

Abg. Uhden zieht seinen Antrag zurück und bringt an Stelle dessen eine Resolution ein, in der die Reichsregierung aufgefordert wird, in der nächsten Session einen Gesetzentwurf, betr. die Einführung eines 2 1/2-Pfennigstückes, vorzulegen.

Der Gesetzentwurf wird angenommen. Ueber die Resolution wird erst in dritter Lesung abgestimmt werden.

Es folgen Wahlprüfungen.

Der Präsident schlägt nach denselben vor, mit der ersten Lesung der Branntweinmonopol-Vorlage morgen 12 Uhr zu beginnen.

Abg. Windthorst bittet, den Beginn auf 1 Uhr festzusetzen mit Rücksicht darauf, daß morgen im Abgeordnetenhaus die Kreisordnung für Westfalen zur Berathung steht.

Abg. Bamberger schließt sich diesem Ersuchen an.

Abg. Hänel: Ich will gegen die spätere Stunde keinen Widerspruch erheben; wohl aber erhebe ich entschieden Widerspruch dagegen, daß diese Verlegung geschehe aus Rücksicht auf den preussischen Landtag. Ich halte es umgekehrt für eine unerhörte Rücksichtslosigkeit des preussischen Landtags, morgen überhaupt Sitzung zu halten, und noch dazu eine Sitzung mit einer so eminent wichtigen Tagesordnung. (Sehr richtig! links.) Ein solches Verfahren wird hoffentlich die Geduld des deutschen Volks schließlich erschöpfen!

Abg. Windthorst: Auch ich kann den Beschluß des Abgeordnetenhauses, der gefaßt wurde, nachdem ich es bereits verlassen hatte, nur mißbilligen; das Zusammenkommen in dieser Weise kann unter keinen Umständen zum Heile, zum Frieden und zum Besten des Landes gereichen. (Zustimmung und Beifall im Centrum und links.)

Der Präsident tritt auch seinerseits dem Vorschlage bei, die Sitzung um 1 Uhr beginnen zu lassen.

Nächste Sitzung: Donnerstag.

## Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 3. März Getreidemarkt. Weizen loco fest, holsteinischer loco 158,00—162,00. Roggen loco fest, mecklenburgischer loco 138—146, russischer loco ruhig, 106—110. — Hafer fest. — Gerste still. — Rüböl fest, loco 43 1/2. — Spiritus ruhig. 7er März 26 1/2 Br., 7er April-Mai 26 1/2 Br., 7er Mai-Juni 26 1/2 Br., 7er August-September 29 1/2 Br. — Kaffee ruhiger, Umfah 3000 Cct. — Petroleum ruhig, Standard white loco 7,40 Br., 7,30 Gd., 7er März 7,00 Gd., 7er August-Dezember 7,15 Gd. — Wetter: Schnee.

Bremen, 3. März (Schlußbericht) Petroleum loco fest. Standard white loco 6,90 bez.

Wien, 3. März. (Schluß-Course.) Oester. Papierrente 85,90, 5% österr. Papierrente —, österr. Silberrente 86,10, österr. Goldrente 114,00, 4% ungar. Goldrente 104,72 1/2, 5% Papierrente 95,55, 1854er Loose 128,50,



1860er Loose 140,50, 1864er Loose 170,25, Creditloose 179,50, ungar. Prämienloose 119,60, Creditactien 295,80, Franzosen 255,20, Lombarden 127,00, Galizier 204,50, Lemberg-Cernowitz-Jassy-Eisenbahn 235,50, Pardubitzer 163,75, Nordwestbahn 174,50, Elbthalbahn 169,25, Elisabethbahn 246,00, Kronprinz-Rudolfbahn 190,00, Nordbahn 236,25, Unionbank 73,75, Anglo-Austr. 119,00, Wiener Bankverein 111,60, ungar. Creditactien 304,25, Deutsche Plätze 61,80, Londoner Wechsel 126,15, Pariser Wechsel 50,10, Amsterdamer Wechsel 104,70, Napoleons 10,01, Dufaten 5,93, Marknoten 61,80, Russische Banknoten 1,24%, Silbercoupons 100,00, Länderbank 118,60, Tramway 208,20, Tabaksactien 74,00.

**Amsterdam, 3. März. Getreidemarkt.** (Schlußbericht.) Weizen auf Termine niedriger, für März 205, für Mai —, Roggen loco und auf Termine unverändert, für März 134, für Mai 137, für Oktober 142. — Raps für Frühjahr 271 Fl. — Rüböl loco 25, für Mai 24½, für Herbst 25½.

**Antwerpen, 3. März. Petroleummarkt.** (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 18½ bez. und Br., für April 17 Br., für Mai 17 Br., für Sept.-Dezbr. 17½ bez., 18 Br. Rubig.

**Paris, 3. März. Getreidemarkt.** (Schlußbericht.) Weizen ruhig, für März 21,75, für April 21,90, für Mai-Juni 22,40, für Juli-August 22,90. — Roggen ruhig, für März 13,60, für Juli-August 14,60. — Weizen 12 Marques ruhig, für März 47,30, für April 47,75, für Mai-Juni 48,30, für Juli-August 48,90. — Rüböl ruhig, für März 55,25, für April 55,75, für Mai-August 57,25, für Sept.-Dezember 58,50. — Spiritus ruhig, für März 47,75, für April 48,25, für Mai-August 48,75, für Sept.-Dezbr. 48,00. — Wetter: Schnee.

**Paris, 3. März. (Schlußcourse.)** 3% amortisirbare Rente 84,50, 3% Rente 82,40, 4½% Anleihe 109,85, italienische 5% Rente 97,82½, Oesterr. Goldrente 98, ungar. 4% Goldrente 84½, 5% Russen de 1877 101, Franzosen 510,00, Lombardische Eisenbahn-Actien 268,75, Lombardische Prioritäten 318, Neue Türken 16,00, Türkenloose 40,25, Credit mobilier 230, Spanier neue 57½, Banque ottomane 543,00, Credit foncier 1345, Aegyptier 345, Suez-Actien 2143, Banque de Paris 650, Neue Banque d'escompte 468, Wechsel auf London 25,15½, 5% privil. türk. Obligationen 380,00, Tabaksactien —.

**Paris, 3. März. Rohzucker** 80° ruhig, loco 34,25. Weißer Zucker fest, Nr. 3 für 100 Kilogr. für März 39,75, für April 40,10, für Mai-August 41,10, für Okt.-Januar 41,50.

**London, 3. März. Consols** 101½, 4% preussische Consols 104, 5% italienische Rente 97½, Lombarden 107½, 5% Russen de 1871 98, 5% Russen de 1872 100, 5% Russen de 1873 99½, Convert. Türken 15½, 4% fund. Amerikaner 129½, Oesterr. Silberrente 68½, Oesterr. Goldrente 93, 4% ungar. Goldrente 83½, Neue Spanier 57½, 4% Unif. Aegyptier 68½, 3% garant. Aegyptier 98½, Ottomanbank 11½, Suezactien 85½, Canada Pacific 65½, Silber —, Platzdiscout 1½ %.

**London, 3. März. Getreidemarkt.** (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 3540, Gerste 15960, Hafer 12120 Orts. Weizen ruhig, fest, angelommene Ladungen und Mehl stetig, Hafer eher theurer, runder Mais fest, amerikanischer weichend, Wahlgerste fest, Malzgerste träge.

**London, 3. März. An der Rüste angeboten** 2 Weizenladungen. — Wetter: Schnee.

**London, 3. März. Rüben-Rohzucker** 13½, ruhig.

**Liverpool, 3. März. Baumwolle.** (Schlußbericht.) Umfaß 10000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Amerikaner fest, Surats rubig. Widdl. amerikanische Lieferung: März-April 42½/32 Verkäuferpreis, April-Mai 4¼ Käuferpreis, Mai-Juni 41/64 Werth, Juni-Juli 41/32 Verkäuferpreis, August-September 4½ d. do.

**Leith, 3. März. Getreidemarkt.** Markt fester bei ruhigem Geschäft. — Wetter: Sehr winterlich.

**Newyork, 2. März. (Schluß-Course.)** Wechsel auf Berlin 95½, Wechsel auf London 4,87½, Cable

Transfers 4,89½, Wechsel auf Paris 5,16¼, 4% fund. Anleihe von 1877 127½, Erie-Bahn-Actien 28½, Newyorker Centralbahn-Actien 106¼, Chicago-North-Western Actien 109½, Lake-Shore-Actien 87½, Central-Pacific-Actien 42½, Northern Pacific-Preferred-Actien 58½, Louisville und Nashville-Actien 41½, Union-Pacific-Actien 50, Chicago Wilm. u. St. Paul-Actien 93½, Reading u. Philadelphia-Actien 27½, Wabash-Preferred-Actien 18½, Canada-Pacific-Eisenbahn-Actien 64½, Illinois Central-Bahn-Actien 140, Erie-Second-Bonds 88½, Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 3½, do. in New-Orleans 8½, raff. Petroleum 70 % Abel Test in Newyork 7½ Cb., do. in Philadelphia 7¼ Cb., rohes Petroleum in Newyork 6½, do. Pipe line Certificats — D. 79½ C. — Mais (New) 49. — Zucker (Fair refining Muscovados) 4,97½. — Raffee (Fair Rio) 8,35. — Schmalz (Wilcox) 6,55, do. Fairbanks 6,45, do. Rohe und Brothers 6,55. — Speck 6. — Getreidefracht 2½.

**Newyork, 3. März. Wechsel auf London** 4,87½. Roher Weizen loco 0,93½, für März 0,93½, für April 0,94½, für Mai 0,95½. Mehl loco 3,25, Mais 0,49. Fracht 2½ d. Zucker (Fair refining Muscovados) 4,97½.

### Productenmärkte.

**Königsberg, 3. März. (v. Portatius u. Grothe.)** Weizen für 1000 Kilo hochbunter 122/38 147, 124/8 150,50, 125/68 153, 128/8 155,25 M bez., rother 126/8 155,25, russ. 121/28 131,75, 123/48 124,58 und 125/8 136,50, 128/98 141,25 M bez. — Roggen für 1000 Kilo inländ. 111/8 111,25, 116/8 120, 118/8 122,50, 120/8 125 M bez., russ. ab Bahn 114/8 92,50, 118/8 97,50, 119/8 98,75, 120/8 100, 121/8 101,25 M bez. — Gerste für 1000 Kilo große 114,25, 117, 122,75, russ. 105,75 M bez. — Hafer für 1000 Kilo loco 114, 116, 123 M bez. — Erbsen für 1000 Kilo weiße russ. mad 91 M bez., grüne 113,25 M bez. — Bohnen für 1000 Kilo 115,50 M bez. — Widen für 1000 Kilo 111, 113,25, 120, 122,25 M bez. — Buchweizen für 1000 Kilo russ. 108,50, 109 M bez. — Feinsaat für 1000 Kilo feine russ. 185,75 M bez. — Dotter für 1000 Kilo russ. 183,25 M bez. — Kleesaat für 50 Kilo grüne 26 M bez., rothe 24, 40, 52 M bez. — Thymotheum für 50 Kilo 13, 17 M bez. — Spiritus für 10 000 Liter ohne Faß loco 35½ M bez., für März 35½ M Cb., für Frühjahr 37½ M Br., für Mai-Juni 38½ M Br., für Juni 39½ M Br., für Juli 39½ M Cb., für August 40½ M Br., für Sept. 41 M Br., kurze Lieferung 35½ M bez. — Die Notirungen für russisches Getreide gelten transitio.

**Stettin, 3. März. Getreidemarkt.** Weizen flau, loco 133—153 M, für April—Mai 155,50, für September-Oktober 165,00. — Roggen flau, loco 122—130, für April-Mai 133,00, für Sept.-Okt. 137,50. — Rüböl geschäftl., für April-Mai 44,00, für September-Oktober 45,70. — Spiritus flau, loco 35,80, für April-Mai 36,80, für Juni-Juli 38,30, für Juli-August 39,00. — Petroleum versteuert, loco Usance 1¼ % Tara 12,10.

**Berlin, 3. März. Weizen loco** 140—162 M, für April-Mai 153½—153½ M, für Mai-Juni 156—155½—155½ M, für Juni-Juli 158½—158—153½ M, für Juli-August — M, für Sept.-Oktober 163½ M. — Roggen loco 130—137 M, mittel inländ. 133 M, feiner inländ. 135—135½ M, flammer inländ. — M ab Bahn, für April-Mai 137½—136½—137 M, für Mai-Juni 138—137½—138 M, für Juni—Juli 139—138½—139 M, für Juli-August 139½ M, für Sept.-Oktober 141—140½—141 M. — Hafer loco 123—160 M, oft- und westpreussischer 126—128 M, pommerscher und uder-märktischer 132—140 M, schlesischer und böhmischer 135—142 M, feiner schlesischer, märkischer und böhmischer 145 bis 155 M, russischer 126—130 M ab Bahn, für April-Mai 126½ M, für Mai-Juni 129—128½—129 M, für Juni—Juli 131½ M. — Gerste loco 112—175 M. — Mais loco 120—125 M, für April-Mai 108½ M, für Mai-Juni 108 M, für Sept.

Oktober 110½ M. — Kartoffelmehl loco 15,70 M, für März 15,70 M, für April-Mai 15,90 M, für Sept.-Oktober — M. — Trockene Kartoffelstärke loco 15,70 M, für März 15,70 M, für März-April 15,80 M, für April-Mai 15,90 M, für Sept.-Oktober — M. — Feuchte Kartoffelstärke loco 8,00 M. — Erbsen loco für 1000 Kilogramm Futterwaare 130—140 M, Kochwaare 150—200 M. — Weizenmehl Nr. 00 21,75 bis 20,25 M, Nr. 0 20,25—19,25 M. — Roggenmehl Nr. 0 20,00 bis 19,00 M, Nr. 0 u. 1 18,50 bis 17,50 M. — ff. Marken 19,80 M, für März — M, für März-April — M, für April — Mai 18,30 M, für Mai — Juni 18,40 M, für Juni — Juli 18,50 M. — Rüböl loco ohne Faß 43,5 M, für März — M, für März-April — M, für April — Mai 44,1 M, für Mai-Juni 44,4 M, für September-Oktober 46 M. — Petroleum loco — M. — Spiritus loco ohne Faß 36,5 M, für März 37,4 M, für März-April 37,4 M, für April-Mai 37,7—37,6—37,8 M, für Mai-Juni 38—37,9—38,1 M, für Juni-Juli 38,8—38,9 M, für Juli-August 39,7—39,6—39,8 M, für August-Sept. 40,3 bis 40,4 M.

**Magdeburg, 3. März. Zuckerbericht.** Kornzucker, excl. von 96 % 23,30 M, Kornzucker, excl. 88° Rendem. 22,00 M, Nachprodukte excl. 75° Rendem. 19,40 M. Unverändert. — Gem. Raffinade mit Faß, 27,25 M, gem. Melis I. mit Faß 26,00 M. Unverändert.

### Danziger Mehlpreise.

Preisnotirungen der Großen Mühle, S. Bartels und Comp., vom 4. März.

Weizenmehl für 50 Kilogr. Kaisermehl 17,50 M. — Extra superfine Nr. 000 13,50 M. — Superfine Nr. 00 11,50 M. — Feine Nr. 1 10,00 M. — Feine Nr. 2 8,50 M. — Mehlabfall oder Schwarzmehl 5,20 M.

Roggenmehl für 50 Kilogr. Extra superfine Nr. 00 11,40 M. — Superfine Nr. 0 10,40 M. — Mischung Nr. 0 und 1 9,40 M. — Feine Nr. 1 8,10 M. — Feine Nr. 2 6,80 M. — Schrotmehl 7,40 M. — Mehlabfall oder Schwarzmehl 5,40 M.

Kleien für 50 Kilogr. Weizenkleie 4,40 M. — Roggenkleie 4,20 M. — Graupenabfall 6,00 M.

Graupen für 50 Kilogr. Perlgraupe 21,50 M. — Feine mittel 17,50 M. — Mittel 14,00 M. — Ordinaire 12,50 M.

Grünen für 50 Kilogr. Weizengrüne 16,00 M. — Gerstengrüne Nr. 1 16,00 M, Nr. 2 14,00 M, Nr. 3 12,50 M. — Hafergrüne 15,50 M.

### Butter.

**Hamburg, 2. März. [Bericht von Ahlmann und Bohnen.]** Nachdem sich das Buttergeschäft am Schluß voriger Woche endlich befestigte und bei reichlichen Aufträgen sowohl erste wie zweite Sorte Hofbutter gut geräumt wurde, konnten wir in dieser eine Erhöhung von 3 M. durchsetzen. Die anhaltend strenge Kälte hat dazu mit beigetragen, sonst sind nur einzelne englische Märkte besser, andere klagen über schlechten Verkauf bei großen Vorräthen und Zufuhren. Der hiesige Platzhandel ist nicht besser und sind Notirungen für abweichende Qualitäten und sämtliche fremde Sorten ganz nominell.

Offizielle Butter-Notirungen der letzten 8 Tage:

am 23. Februar. 26. Februar. 2. März.  
1. Dual. 97—102 M. 97—102 M. 100—105 M.  
2. " 90—95 " 90—95 " 95—100 "  
3. " 85—90 " 85—90 " 90—95 "  
fehlerhafte Hofb. 70—80 " 70—80 " 70—80 "  
schleswig. und  
holl. Bauer- 70—75 " 70—75 " 70—80 "

Preisnotirungen von Butter in Partien. Usancen beim Verlaufe: 1 % Decort, Tara: Drittel zum Export 16 % bei 18 % Holz und reine Tara: Drittel und andere Gebinde zum hiesigen Consum das ermittelte Holzgewicht. Feinstes zum Export geeignete Hofbutter aus Schleswig-Polstein, Mecklenburg, Ost-, Westpreußen, Schlesien und Dänemark in möglichen frischen Lieferungen für 50 Kilo 100 bis 105 M, zweite Qualität 95—100 M, gestandene Partien Hofbutter 90—95 M, fehlerhafte

und ältere Hofbutter 70—80 M, schleswig-holsteinische und dänische Bauer-Butter 70—80 M, böhmische, galizische und ähnliche 60—70 M, finnländische 65—70 M, amerikanische und canadische frischere 45—65 M, amerikanische, andere ältere Butter und Schmier 20—40 M.

### Schiffs-Liste.

**Neufahrwasser, 4. März. Wind: SW.**  
Gelegelt: Modena (SD.), Gordon, Pillau, leer.  
Angekommen: Paul (SD.), Arr, Fibau, leer.  
Nichts in Sicht.

**Thorn, 3. März. Wasserstand: 2,22 Meter.**  
Wind: D. auch S. Witterung: stürmisch Schneetreiben, Frostwetter, Abends gelinde Witterung.

Verantwortliche Redacteurs: für den politischen Theil und vermischte Nachrichten: Dr. H. Hermann, — das Genieketten und literarische G. Köhner, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine-Theil und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inseratenthail H. W. Kaufmann, sämtlich in Danzig.

**Inserate** für sämtliche Zeitungen des In- und Auslandes befördert schnell und zuverlässig die Annoncen-Expedition von Rudolf Mosse (H. P. Hoffmann), Danzig, Hundegasse 60.

### Zur Hustenzeit

werden die Leser auf die nun seit Jahren rühmlichst bekannten W. Boß'schen Katarrhpillen, welche sich gegen Husten, Heiserkeit, Catarrhe am besten bewährt haben, hiedurch in ihrem eigenen Interesse aufmerksam gemacht. Boß'sche Katarrhpillen sind erhältlich in den Apotheken. Jede echte Schachtel trägt den Namenszug Dr. med. Wittlinger's.

### Der Haderbräu in München

hatte, seitdem er im Juli 1881 von seinem seit-herigen Besitzer in eine Actien-Brauerei umgewandelt wurde, folgenden Malzverbrauch:  
1881/2 56 342 Hectoliter Malz,  
1882/3 59 977 " "  
1883/4 88 734 " "  
1884/5 105 575 " "

(100 Hectoliter Malz gleich ca. 220 Hectolit. Bier)

Mit dem letztgenannten Jahresconsum erreichte diese **Favorit- = Brauerei des eingebornen Münchener** den größten Malzverbrauch unter sämtlichen Actien-Brauereien Deutschlands, ein Resultat, das um so bemerkenswerther ist, als der Haderbräu nicht eine einzige auswärtige Bierhalle auf eigene Rechnung zu führen braucht. In Danzig bei **Robert Krüger**, Hundegasse 34.

**Der Familie empfohlen.** Bankauer mühle, Reges. Marienwerder (Westpreußen). Den Empfang der Apotheker R. Brandt's Schweizerpillen bestätigend, theile Ihnen ergeben mit, daß dieselben bei Verdauungsstörungen angewandt stets ein sicheres Mittel sind und ich mit dem Erfolg sehr zufrieden bin. Des Morgens nüchtern genügen 1—2 Pillen und kann ich dieselben als ein vorzügliches Familienmittel empfehlen. Achtungsvoll R. Rawn. Man achte beim Ankauf in den Apotheken auf das weiße Kreuz in rothem Grund und den Namenszug R. Brandt's.

**Marienbader Reductionspillen** gegen Fettleib; Vorschrift des kais. Rathes Dr. Schindler-Barnag. Depot in Danzig: Rath's-Apothek. Jede Schachtel trägt protocollirte Schutzmarke und Nummer.